

## Deutscher Bericht der ersten Sitzung der Werner-Gruppe (Bonn, 23. März 1970)

**Legende:** Am 23. März 1970 verfasst Hans Tietmeyer, Beamter im Bundesministerium für Wirtschaft und stellvertretendes Mitglied der Werner-Gruppe, einen internen Bericht über die erste Sitzung der Werner-Gruppe am 20. März 1970 in Luxemburg.

**Quelle:** BArch B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft) / 93469.

**Urheberrecht:** (c) B.Arch

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/deutscher\\_bericht\\_der\\_ersten\\_sitzung\\_der\\_werner\\_gruppe\\_bonn\\_23\\_marz\\_1970-de-edce91dc-909f-4474-aeaa-5972c3ae74e3.html](http://www.cvce.eu/obj/deutscher_bericht_der_ersten_sitzung_der_werner_gruppe_bonn_23_marz_1970-de-edce91dc-909f-4474-aeaa-5972c3ae74e3.html)

**Hinweis:** "Dieses Dokument wurde mit Texterkennung (OCR - Optical Character Recognition) bearbeitet. Volltextsuche und "Kopieren und Einfügen" sind möglich. Das Ergebnis der Texterkennung hängt jedoch von der Qualität des Originaldokuments ab."

**Publication date:** 22/05/2014

Unterabteilung E A

Bonn, den 23. März 1970

Zusammenfassender Kurzbericht  
über die 1. Sitzung der "Werner-Gruppe" in Luxemburg  
am 20. März 1970

TO-Punkt I. Organisation der Arbeitsgruppe

Um einen reibungslosen Verlauf der Arbeiten der Gruppe sicherzustellen, schlug der Präsident eine 7 Punkte umfassende "Geschäftsordnung" vor (vgl. Anlage). Die Gruppe stimmte diesem Vorschlag mit folgenden Änderungen bzw. Ergänzungen zu:

- Die "Begleiter" können auch bei Abwesenheit des ordentlichen Mitgliedes an den Beratungen der Gruppe teilnehmen.
- Der "erste Bericht", der dem Rat bis Ende Mai vorzulegen ist, soll möglichst nicht nur ein Informationsbericht über den Stand der Arbeiten sein, sondern auch bereits erste Optionen enthalten.
- Die endgültigen Schlußfolgerungen sollen wenn möglich bis Ende Juli vorgelegt werden. Als wahrscheinlicher Termin ist jedoch der September 1970 in Aussicht genommen worden.

Bis zur Abfassung des "ersten Berichtes" wird die Gruppe noch mindestens viermal tagen. Die nächste Sitzung findet am 7. April in Brüssel statt.

TO-Punkt II. Erster Meinungsaustausch über das Problem der Wirtschafts- und Währungsunion

Einleitend erinnert der Präsident an die Diskussionen nach der EWG-Wirtschafts- und Finanzministerkonferenz in Paris und hebt insbesondere die Notwendigkeit eines "parallelen" Ausbaus der Wirtschafts- und Währungsunion hervor.

- 2 -

Staatssekretär Dr. Schöllhorn schlägt vor, die Diskussion zunächst auf folgende vier Problembereiche zu konzentrieren:

- a) Das Verhältnis von Wirtschafts- und Währungsunion (insbesondere Frage: Sind währungspolitische Mechanismen geeignet, die wirtschaftspolitische Harmonisierung zu fördern, oder gefährden nicht umgekehrt vorzeitige währungspolitische Mechanismen die Integrationsentwicklung?)
- b) Breite des Stufenplanes: (Welche politischen Aktionsbereiche müssen in den Stufenplan einbezogen werden? Nur die Globalsteuerung oder auch die Steuerpolitik etc.?)
- c) Festlegung des Zeithorizontes: (Starre zeitliche Festlegung oder Stufenplan mit jeweiliger politischer Entscheidung?)
- d) Ausbau der kommunitären Instanzen und Kompetenzen: (Konkrete Anwendung des Artikel 103, wann Vertragsänderungen, Ausbau der Befugnisse des Europa-Parlamentes, gemeinsames Banksystem, Kompetenz des Ministerrates etc.)

Staatssekretär Brouwers unterstreicht vor allem die Punkte a) und b). Er unterstreicht dabei die dringende Notwendigkeit einer effektiven wirtschaftspolitischen Harmonisierung vor dem Aufbau währungspolitischer Mechanismen. Ebenso deutlich unterstreicht er jedoch auch den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsunion und einer politischen Union. Er unterstützt dabei mit Nachdruck die Vorstellungen des deutschen Stufenplanes.

Professor Stammati dankte zunächst dem Präsidenten für seine "Pioniertätigkeit" im Währungsbereich und erinnert außerdem an die schriftlich vorliegenden Ausführungen

- 3 -

von Colombo sowie die Gutachten von Carli und Triffin. Übereinstimmung besteht nach seiner Meinung über das Endziel. Dem Etappengedanken erkennt er eher einen logischen als chronologischen Wert zu. Wichtig ist für ihn vielmehr das Enddatum, das möglichst noch in den 70er Jahren liegen sollte. Nach längeren Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Endstufe (Regionalzone mit festen Kursen oder eine einheitliche Währung mit Münzeinheit) erklärt er zu dem Thema wirtschaftspolitische Harmonisierung und Aufbau währungspolitischer Mechanismen, daß er für eine sofortige Ansteuerung des Währungszieles sei.

Baron Ansiaux schlägt vor, zunächst mit einer Formulierung der Elemente des Endzustandes der Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen und dann in einer Art von count-down die vorherigen Etappen festzulegen. Dabei stellt er die Frage, ob es nicht vielleicht sonnvoller sei, anstelle von Etappen den Weg des allmählichen Ausbaus zu gehen.

Clappier erklärt, daß er den Kommissionsplan für besonders pragmatisch halte und ihm gegenwärtig am nächsten stünde. Im Gegensatz zu Ansiaux halte er es für den besten approach, von der gegenwärtigen Situation auszugehen und zunächst nur die nächsten Schritte anzuvisieren. Wichtig ist nach seiner Meinung insbesondere eine genaue Definition der ersten Etappe.

Ansiaux hält aber trotzdem die Formulierung des Endzustandes für wichtiger. Zugleich weist er jedoch darauf hin, daß er eine möglichst baldige Gründung eines europäischen Währungsblocks für wichtig hält. Schon im September könne im IWF die Bandbreitenfrage zur Debatte stehen und dafür muß nach seiner Meinung die EWG eine gemeinsame Stellungnahme erarbeiten (die er selbst sich wohl negativ vorstellt).

- 4 -

Generaldirektor Mosca betont die Notwendigkeit eines pragmatischen Weges. Er selbst sehe keine Dialektik zwischen der Wirtschafts- und Währungspolitik. Für ihn sei insbesondere die Eingangsphase von Bedeutung, für die auch konkrete Vorschläge entwickelt werden müßten.

Staatssekretär Brouwers betont, daß man den Endpunkt kennen müsse, wenn die Richtung stimmen solle. Es komme darauf an, die ökonomischen Gleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen und damit für die Gesamtgemeinschaft ein Gleichgewicht zu sichern. Der bisherige Weg der allgemeinen Koordinierungsversuche genüge nicht. Deswegen müsse klar gesagt werden, daß Vertragsänderungen notwendig seien und nationale Befugnisse abgegeben werden müßten. Die erste Phase sei besonders gut im Schiller-Plan beschrieben. In der zweiten Phase müsse es außerdem zu einer Harmonisierung der Beihilfen und der Strukturpolitik kommen. Die Währungsmechanismen seien dagegen von sekundärer Bedeutung. Nach der zweiten Etappe werde dann der eigentliche Rubikon überschritten, da hier eine Verlagerung von nationalen Zuständigkeiten auf die kommunitäre Ebene notwendig sei.

Staatssekretär Dr. Schöllhorn stimmt dem Vorschlag von Ansiaux, von der Definition des Endzustandes auszugehen, zu. Er betont noch einmal den politischen Sinn der Etappen. Nach seiner Meinung komme es darauf an, von der Koordinierungsstufe zur Harmonisierungsstufe vorzudrängen und dann zur Stufe der Vereinheitlichung mit klaren Souveränitätsverzichtern überzugehen.

Präsident Werner berichtet über das Gipfeltreffen in Den Haag und die Motivation für den Vorschlag im Communiqué. Die "Unfälle" der vergangenen Jahre hätten gezeigt, daß die bisherigen Koordinierungsregelungen nicht ausreichend seien (z.B. Hinweise auf die Agrarpolitik). Außerdem habe die <sup>wachsende</sup> Gefahr des Euro-Dollar-Marktes

- 5 -

- 5 -

eine Rolle gespielt und letztlich hätten die Regierungschefs eine gemeinschaftliche Position der Mitgliedstaaten im IWF für notwendig gehalten. Hinsichtlich des Verhältnisses von Wirtschafts- und Währungsunion halte er den Gedanken der Parallelität für richtig. Nach seiner Meinung können Währungsbindungen die Koordinierung durchaus fördern. Für die weitere Arbeit schlägt er vor, sowohl von einer Definition der Ausgangslage als auch des Endpunktes auszugehen. Für die Währungsunion sei weniger eine gemeinsame Währung als vielmehr ein gemeinsamer Reservefonds von Bedeutung. Für die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik müsse jeweils festgelegt werden, ob eine Koordinierung, eine Harmonisierung oder eine Vergemeinschaftung vorzusehen sei. Für die Haushaltspolitik bedeutet das z.B., daß die Struktur der Haushalte durchaus verschieden sein könne, die Finanzierung jedoch harmonisiert werden müsse. Der Etappengedanke sei wichtig für die Frage der Gewöhnung. Die Etappen müßten jedoch realistisch und nicht perfektionistisch konstruiert werden.

Professor Stamatii stimmt dem Vorschlag zu, zunächst den Endpunkt zu definieren und dabei auch die politischen Konsequenzen aufzuzeigen. Daneben unterstreicht er jedoch auch die Notwendigkeit eines pragmatischen Vorgehens. Die Koordinierungsfrage sei gegenwärtig bereits im Gange. Um die eigentliche Substanz gehe es jedoch in der Harmonisierungs- und Vergemeinschaftungsphase.

Nach der Mittagspause schlägt der Präsident folgendes Verfahren vor:

1. solle ein Inventar für den Ausgangspunkt aufgestellt werden.
2. müsse der Ankunftspunkt definiert werden. Dazu sei insbesondere ein Dokument notwendig, das aufgliedere, welche Kompetenzen in Gemeinschaftsverantwortung übergehen müsse, und welche auf nationaler Ebene verbleiben könnten.

- 6 -

- 6 -

Staatssekretär Schöllhorn schlägt vor, die Definition des Endzustandes in einer Sitzung der Mitarbeiter behandeln zu lassen. (Dieser Vorschlag wird jedoch nicht aufgegriffen.) Er verweist außerdem auf den Dissens in der Frage des Aufbaus der Währungsmechanismen. Nach seiner Meinung müssen die beiden Grundauffassungen zunächst eingehend diskutiert werden. Staatssekretär Brouwers stimmt diesen Darlegungen voll inhaltlich zu.

Clappier schlägt vor, die Kommission solle ein Dokument über den Endzustand schon<sup>in</sup>/der nächsten Sitzung vorlegen. Er selbst hält es für problematisch, den Endzustand schon jetzt präzise zu definieren (insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses der nationalen und kommunitären Kompetenzen). Hinsichtlich des Aufbaus von Währungsmechanismen hält er ein zu langes Warten für sehr problematisch. Nach seiner Meinung können diese Mechanismen durchaus schrittweise aufgebaut werden: z.B. Gründung eines Reservefonds mit 10 - 15 % der gegenwärtigen Währungsreserven, schrittweise Verkürzung der Bandbreiten etc. Das Ergebnis solcher schrittweiser aufgebauter Währungsmechanismen ist nach seiner Meinung eine Beschleunigung der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, da ein "Embryo" des gemeinsamen Interesses vorhanden sei. Nach seiner Meinung arbeitet die Zeit gegenwärtig gegen Europa.

Ansiaux stimmt Clappier zu und verweist noch einmal auf das Bandbreitenproblem innerhalb des IWF. Außerdem könne nach seiner Meinung durchaus ein Devisenausgleichsfonds bald aufgebaut werden. Hinsichtlich der Befassung der Ausschüsse mit den Arbeiten dieses Komitees schlägt er vor, die Ausschüsse zwar zu unterrichten, sie jedoch nicht unmittelbar in die Arbeit einzuschalten. Dieser These wird von allen zugestimmt.

- 7 -



Professor Stamatii stimmt den Ausführungen von Ansiaux und Clappier zu. Außerdem hält er es für notwendig, daß bald folgende Themen geprüft werden: Gemeinsame Entwicklungshilfe, gemeinsame Kreditpolitik im Ausfuhrbereich (evtl. gemeinsame Police für Kreditversicherungen mit Harmonisierung der Fristen und der Prämien).

Staatssekretär Schöllhorn Präzisiert noch einmal den deutschen Standpunkt zum Thema Parallelität. Es sei durchaus nicht so, daß die deutsche Seite erst die Stufe 1 und Stufe 2 bei den wirtschaftspolitischen Bemühungen wolle und dann erst währungspolitische Fortschritte. Sie sei durchaus bereit in Grenzen auch währungspolitische Fortschritte in den ersten Stufen vorzunehmen. Entscheidend sei jedoch, daß eine effektive Parallelität in der Wirtschafts- und Währungspolitik zustande komme. Es dürfe z.B. nicht nur zu einer verbalen Koordinierung der Wirtschaftspolitik kommen, aber zur gleichen Zeit schon eine Vergemeinschaftung von Währungsmechanismen entstehen. Eine wirksame wirtschaftspolitische Zielkoordinierung sei bisher noch keineswegs erreicht worden.

Clappier unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit einer Politik der kleinen Schritte. Die bisherige europäische Erfahrung habe gezeigt, daß nur dieser Weg zum Erfolg führe. Um eine Grundlage für die weiteren Arbeiten zu haben, sei es vielleicht nützlich, daß die Mitglieder dieses Komitees für die nächste Sitzung persönliche Papiere ausarbeiteten, in denen sie aus der Sicht ihres Arbeitsbereiches die Probleme und Notwendigkeiten darlegten.

Staatssekretär Brouwers greift die Darlegungen von Schöllhorn auf und verweist darauf, daß der Champs-Elysées auch der Place de la Concorde vorgelagert sei. Es genüge keineswegs nur eine gemeinsame Zielformulierung, entscheidend sei die gemeinsame Verwirklichung. In dem




- 8 -

Papier, das von der Kommission auszuarbeiten sei, sollen auch die institutionellen Probleme deutlich angesprochen werden.

Ansiaux erläutert noch einmal seine Position um Mißverständnissen vorzubeugen. Er will keine Währungsunion vor einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik. Beides müsse parallel gehen. Dabei könne es durchaus einmal ein leichtes Vorpreschen der währungspolitischen Seite geben.

Der Präsident faßt die Diskussionsergebnisse in folgendem Verfahrensvorschlag zusammen:

1. Herr Mosca wird gebeten, rechtzeitig vor der nächsten Sitzung ein Papier über das Endziel der Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten und dabei auch die Rolle des Reservefonds darzulegen.
2. Die Mitglieder werden gebeten, rechtzeitig vor Beginn der nächsten Sitzung Papiere über die Probleme und Notwendigkeiten auszuarbeiten, die sich aus der Sicht ihres Aufgabenbereiches ergeben. Diese Papiere sollen zur gleichen Zeit an die Mitglieder und an das Sekretariat in der Heimatsprache versandt werden.

  
(Dr. Tietmeyer)